

Antrag A01: Migrationspolitik 1

Status: angenommen

Für eine humane und menschenrechtliche Geflüchteten- und Migrationspolitik

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD höhlt das Recht auf Asyl und Flucht weiter aus: Zurückweisung auch von Asylsuchenden an der Grenze, Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, Beendigung der freiwilligen Aufnahmeprogramme (Afghanistan), eine „Rückführungsoffensive“, Abschaffung des verpflichtenden Rechtsbeistands vor Abschiebungen, eine bundesweite Einführung der Bezahlkarte, Ausweitung der Möglichkeiten der Abschiebehaft. Damit wird das rechtsextreme Narrativ vollständig übernommen, rassistische Ressentiments bedient und eine weitere Eskalationsstufe der autoritären und repressiven Abschottung gegenüber schutzsuchenden Menschen erreicht.

Dies sind die vorläufigen Höhepunkte einer systematischen Demontage des Rechts auf Asyl und Flucht seit dem sog. Asylkompromiss von 1993 mit der Einführung der Drittstaatenregelung. Seitdem folgten weitere Gesetzesverschärfungen bis hin zu den Asylpaketen I und II von 2015 und 2016 und dem „Gesetz zur bessern Durchsetzung der Ausreisepflicht“ von 2017. Mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylrecht (GEAS), das 2026 in Kraft treten soll, findet eine nochmalige Aushöhlung des Rechts auf Asyl und Flucht statt. Verstärkte Grenzkontrolle und Überwachungsmechanismen (z. B. Drohnen), der Bau von Internierungszentren an den EU-Außengrenzen und verstärkte Abschiebungen in Herkunftsländer und Drittstaaten ziehen die Mauern um die „Festung Europa“ noch weiter hoch. Die Folgen werden noch mehr Tod, Elend und Leid sein.

Die Linke hat alle diese Angriffe auf das Recht auf Asyl und Flucht abgelehnt. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ – dieser unbedingte Satz des Grundgesetzes war Konsequenz aus Faschismus, Krieg, Verfolgung und Vertreibung. Wir fordern die volle Wiederherstellung des individuellen Asylrechts. Krieg, Verlust der Lebensgrundlage durch Klimawandel und ausbeuterische Wirtschaftspolitik müssen als Fluchtgrund anerkannt werden.

Wir bekämpfen Fluchtursachen, nicht Geflüchtete. Deshalb streiten wir für faire, nicht- ausbeuterische Handelsbeziehungen und wenden uns gegen die Ausbeutung und Naturzerstörung von Ländern des globalen Südens durch international agierende Konzerne. Statt der Befeuerung von Kriegen durch Waffenexporte fordern wir diplomatische und zivile Konfliktlösungen.

Wir wenden uns gegen den von der AfD eingeführten und mittlerweile von CDU bis Grünen übernommenen Kampfbegriff von der „irregulären Migration“. Da es so gut wie keine legalen und sicheren Fluchtwege gibt, reisen Geflüchtete zwangsläufig ohne einen gültigen Aufenthaltstitel ein. Mit der Stellung eines Asylantrags erhalten sie aber unmittelbar einen legalen Aufenthaltsstatus. Mit der Zurückweisung an der Grenze soll ihnen jedoch das Asylrecht verweigert werden. Dies ist auch ein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, die in Art. 31 Maßnahmen gegen Geflüchtete wegen „unrechtmäßiger Einreise“ verbietet, sofern sie die Gründe für ihre Einreise darlegen. Wir fordern deshalb sichere und legale Fluchtwege wie die Erteilung humanitärer Visa, humanitäre Korridore, Aufnahmeprogramme, die Ausweitung der Resettlementprogramme der UN, Familiennachzug, die Ermöglichung der Einreise zum Zwecke der Arbeitssuche und staatliche Seenotrettungsprogramme statt Frontex.

Geflüchtete verursachen nicht die Wohnungsnot, schlecht ausgestattete Schulen und Bildungseinrichtungen, ein unzureichendes Gesundheitswesen und ein schlechtes öffentliches

Verkehrsangebot. Sie bewirken auch nicht die unzureichende Personalausstattung öffentlicher Einrichtungen. Die Gründe für diese Missstände liegen in Jahrzehnten neoliberaler Politik, dem Rückgang des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus, unterlassene Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und schlechte Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, sollen zusätzliche Mittel für den Ausbau ihrer kommunalen Infrastruktur erhalten.

Diskriminierende Sonderregelungen für Geflüchtete müssen abgeschafft werden. Dazu gehört das Asylbewerberleistungsgesetz. Die Regelsätze nach diesem Gesetz liegen noch unter denen des Bürgergelds. Schon 2012 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, die Menschenwürde sei „migrationspolitisch nicht zu relativieren“. Die neu eingeführten Leistungskürzungen auf Null bei sogenannten Dublin-Geflüchteten muss sofort zurückgenommen werden. Gleiches gilt für die Regelung, wonach Schutzsuchende über 36 Monate nur eingeschränkte medizinische Leistungen erhalten. Wir fordern die Abschaffung der diskriminierenden Bezahlkarte und der Residenzpflicht.

Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend, lehnen wir ab. Sie sind unmenschlich, verkennen die Lebensrealitäten der Geflüchteten und widersprechen der Verantwortung, die Deutschland aufgrund seiner Kolonialgeschichte hat. Dass Deutschland in Länder wie Syrien und Afghanistan abschiebt, wo Krieg, Folter oder menschenrechtswidrige Diskriminierung drohen können, und dafür sogar mit der Taliban zusammenarbeitet, ist eine Schande.

Erwerbslosigkeit ist nicht die Folge von Einwanderung, sondern Resultat kapitalistischer Profitwirtschaft. Im Gegenteil: in vielen Bereichen herrscht Arbeitskräftemangel. Statt Geflüchtete zu Sündenböcken zu machen, fordern wir die Aufhebung diskriminierender Regelungen wie dem Arbeitsverbot für Asylsuchende vom ersten Tag an. Notwendig sind eine erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, Möglichkeiten der Weiterqualifizierung und besser Bedingungen für den Erwerb der deutschen Sprache. Die oftmals prekäre Lebenssituation von Geflüchteten darf nicht zu Lohndrückerei, illegaler Beschäftigung führen. Deshalb treten wir für einen gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, Tarifbindung, einen existenzsichernden Mindestlohn, gesicherte Arbeitsplätze, eine Ausweitung der Mitbestimmung und gegen die Aushöhlung des Arbeitszeitgesetzes ein. Denn die Grenzen verläuft nicht zwischen Nationalitäten, sondern zwischen oben und unten.

Im „Erfurter Programm“ der Linken heißt es unter der Überschrift „Migration und Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in Not!“, „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Linke lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als „nützlich“ oder „unnützig“ gelten. Wir wollen die soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen.“ Weiter heißt es dort zusammen mit der Forderung nach offenen Grenzen: „Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden.“ Dies war und ist Leitschnur unseres politischen Handelns.

Reformprojekte für eine Öffnung von Grenzen müssen mit Maßnahmen sozial-ökologischer Transformation verbunden werden. Denn unter weiter andauernden neoliberalen Verhältnissen drohen offene Grenzen zu einer verschärften Konkurrenz zwischen den schwächsten Teilen der Lohnabhängigen zu werden – auf dem Arbeitsmarkt, dem Zugang zu (unterfinanzierten) öffentlichen Infrastrukturen, dem Wohnungsmarkt etc. Der Aufstieg der AfD hat gezeigt, dass dies zur Gefahr einer massiven wohlstandschauvinistischen und rassistischen Mobilisierung und einer Faschisierung der Gesellschaft führt. Schritte zu globaler Bewegungsfreiheit müssen deshalb u.a. mit massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verbunden werden, um die Grundbedürfnisse in den Bereichen Bildung, Wohnen, Verkehr und Gesundheit kostengünstig im besten Fall unentgeltlich befriedigen zu können. Für uns darf es keinen Widerspruch zwischen Menschenrecht und Handlungsfähigkeit geben. Handlungsfähigkeit in der Migrationspolitik bedeutet für uns: Bedingungen zu schaffen, unter denen das Menschenrecht auf

Einwanderung mit sozialer Sicherheit und einem würdigen Leben verbunden ist.